

Süddeutsche Zeitung

Eva Illouz

Süddeutsche Zeitung

27. April 2021

Ein gemeinsames Ziel

„Faschist“ versus „Antisemit“? Ansichten werden heute zu identitären Zuschreibungen. Das ist fatal. *Ein Gastbeitrag von Eva Illouz*

Wie gewinnt man in der ideologischen Arena? Man nimmt einen geschmähten Begriff und belegt damit den Gegner. Die Politik ist voll von verzerrten Wahrnehmungen und Zuschreibungen, das Verdrehen von Begriffen ist seit Langem populistische Taktik und kann spielentscheidend sein.

Auch der Kampf gegen den Antisemitismus wurde in den vergangenen zwei Jahrzehnten zunehmend politisiert und ist inzwischen jenen Verzerrungen unterworfen, unter denen alle ideologischen Debatten leiden. Die derzeitige israelische Regierung betreibt eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, um ihre Politik zu beschönigen. Israelische Nichtregierungsorganisationen, Akademiker, Künstler, Journalisten und auch viele andere, nicht organisierte Bürger, die mit dem Entzug grundlegender Menschenrechte der Palästinenser durch die Regierung Netanjahu nicht einverstanden sind, werden als Verräter und Staatsfeinde bezeichnet. Dissens wird dabei nicht durch formale Zensur zum Schweigen gebracht, sondern indem man sie als Antisemiten verurteilt. Kritik an der israelischen Politik wird als antizionistisch bezeichnet und Antizionismus wiederum als Variante des Antisemitismus. Ein Kritiker der israelischen Regierung ist in der Logik dieser Regierung folglich: Antisemit.

Durch diesen Syllogismus wird eine Meinung (Kritik an israelischer Politik) in eine Identität (die des Antisemiten) umgewandelt – und das ist etwas, wovon sich keine öffentliche Person jemals wieder erholt.

Kein Anliegen ist gerechter als der Kampf gegen den Antisemitismus. Kein Anliegen sollte weniger umstritten sein. Der Kampf gegen den Antisemitismus sollte an der Spitze aller antirassistischen Kämpfe stehen, denn Antisemitismus ist eine der ältesten Formen des Gruppenhasses und eine der zerstörerischsten. Zwei Drittel des europäischen Judentums wurden im Zweiten Weltkrieg ermordet. Dieser gerechte Kampf gegen den Antisemitismus wird nun zum Spielball von Kontroversen und dadurch gefährlich geschwächt.

Viele Kritiker der israelischen Politik sind Israelis und Juden. Ein nicht zu vernachlässigender Teil der angeblichen Antisemiten ist also jüdisch, was den Begriff des Antisemitismus im besten Fall bedeutungslos, im schlimmsten zur Farce macht. Die Absurdität wird durch die hochtrabende Erfindung „Neuer Antisemitismus“ noch

verstärkt. Ein aktuelles Beispiel: Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem bezeichnete die strikte Trennung der jüdischen und palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten als *Apartheid*. Ob diese Wortwahl gerechtfertigt ist oder nicht, das könnte man diskutieren, auf Grundlage einer sorgfältigen Analyse von Karten, Gesetzen und politischen Regimen. Stattdessen wird das Wort Apartheid als antisemitisch gebrandmarkt, weil in ihm angeblich eine Dämonisierung der Juden (die ja tatsächlich eine lange Tradition hat) mitschwingt.

Bloß wird nach dieser Logik jede Kritik an israelischer Politik immer illegitim sein. Die rechte NGO „Monitor“ behauptete, dass die Verwendung in diesem Kontext „das immense Leid der wahren Opfer der Apartheid in Südafrika verharmlost“. Das ist recht ironisch, da ihre Gegner, die die Politisierung des Antisemitismusbegriffs bekämpfen, genau dasselbe erreichen wollen: Denn umgekehrt verharmlost man die Opfer des Antisemitismus, wenn man eine gerade Linie von Kritikern israelischer Politik zu eingefleischten, gewalttätigen Antisemiten zieht. So simpel und einseitig viele Kritiker israelischer Regierungspolitik oft sind, viele (wenn auch nicht alle) sind nicht antisemitisch – sie rufen weder zur Vernichtung von Juden auf noch dazu, dass Juden bestimmte Länder oder Europa verlassen sollen. Vielen dieser Kritiker kann man vorwerfen, sich a priori auf die Seite der Schwachen, der Palästinenser, zu schlagen, sich zu weigern, die israelischen Opfer durch terroristische Anschläge in diesem Konflikt zu sehen, man kann ihnen vorwerfen, die realen Gefahren zu ignorieren, die die Existenz Israels täglich bedrohen. Auch wollen sie Israel moralische Normen vorschreiben, die ihnen bei anderen Ländern offenbar weit weniger wichtig sind.

Aber wie fragwürdig und schlecht informiert solche Meinungen auch sein mögen – sie unterscheiden sich zutiefst vom Antisemitismus, der den Juden und Israel dämonischen Einfluss zuschreibt und sie vernichten will. Solche klassisch antisemitischen Positionen werden eher von Rechten wie Trumps Anhängern vertreten, die jedoch von rechtsgerichteten jüdischen Organisationen enthusiastisch unterstützt werden, sei es in den USA oder in Israel. Um die Angelegenheit endgültig zu verkomplizieren: Etliche sogenannte Kritiker Israels sind tatsächlich Antisemiten.

Was sollen jüdische Intellektuelle angesichts dieses Minenfeldes tun? Sie haben nur zwei, gleichermaßen unerfreuliche Alternativen: entweder sie reihen sich bei denen ein, die für ein demokratischeres Israel kämpfen, und riskieren damit, als Antisemiten bezeichnet zu werden; oder sie machen den Kampf gegen Antisemitismus zum primären moralischen Ziel und ignorieren dabei vollständig eine historische Ungerechtigkeit, die vom jüdischen Volk begangen wurde.

Die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA), die ich unterzeichnet und an der ich mitgewirkt habe, ist ein Versuch, beide Kämpfe miteinander zu verbinden. Indem die Erklärung klar trennt zwischen einer legitimen Meinungsdebatte über israelische Politik und der antisemitischen Verdammung von Juden, zielt sie darauf ab, dass der Kampf gegen den Antisemitismus Fokus und moralische Klarheit zurückgewinnt. Die JDA zielt darauf ab, die Verwirrung zu korrigieren, die durch die verbreitete Definition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) und den politischen Zynismus, mit dem sie manchmal angewandt wurde, entstanden ist. Diese frühere Definition hat dazu beigetragen, dass der Deutsche Bundestag eine Resolution verabschiedet hat, in der die BDS-Bewegung als antisemitisch definiert

wird. Man kann aber – wie ich – BDS ablehnen und dennoch deren Recht auf Meinungsäußerung verteidigen.

Mit dem rücksichtslos verwendeten Antisemitismus-Verdikt hat die israelische Rechte das jüdische Volk gespalten: Denn sie stellt die politischen Interessen Israels über die Solidarität mit anderen und liberalen Juden. Das hat erschreckende Auswirkungen. Viele Juden definieren sich bereits weniger über ihre Ethnie, dafür stärker über ihre politische Ausrichtung. Antisemitismus als politische Waffe wird die Spaltung innerhalb des jüdischen Volkes weiter vertiefen, zwischen denen, die den Antisemitismus im Namen internationaler Gerechtigkeitsnormen bekämpfen und denen, die ihn zum Vehikel israelischer Expansionspolitik machen. Diese Spaltung innerhalb des jüdischen Volkes spiegelt freilich eine allgemeine politisch-intellektuelle Krise wider.

Die Meinungsdebatte wird zunehmend ersetzt durch das, was ich die Logik von Reinheit und Vergiftung nennen möchte. Indem sie BDS-Befürworter und sogar BDS-Kritiker (wie mich und die Mitglieder der „Initiative GG5.3 Weltoffenheit“) als Antisemiten abstempeln, verhindern Unterstützer der derzeitigen israelischen Regierungspolitik jede Debatte, da Antisemiten ja per se unmoralisch sind. Dies begünstigt wiederum die ebenso aggressive Sichtweise: Unterstützer Israels werden damit automatisch zu Profaschisten, also zu einer anderen bösen Wesensart.

In dieser Logik wirkt das böse Wesen des Gegners („Faschist“ versus „Antisemit“) kontaminierend. Was einst nur eine Meinung war („Ich glaube an ein Recht der Juden auf einen jüdischen Staat“ oder „Die israelischen Staatsbürgerschaftsgesetze sind rassistisch“), wird zum Dogma. Jede Verunreinigung der jeweiligen Lehre hat Ächtung und Exkommunikation zur Folge. Jeder Abweichler bedroht die Reinheit, was seinen Ausschluss aus der doktrinären Kerngruppe zur Folge hat.

Diese Debatte ist exemplarisch für die Schwierigkeiten, denen sich Intellektuelle zunehmend gegenübersehen. Es sind die moralischen Widersprüche komplexer Realitäten: In diesem Fall betreibt der Staat Israel eine inakzeptable Politik der Vorherrschaft in den besetzten Gebieten, während gleichzeitig der Antisemitismus überall auf dem Vormarsch ist. Intellektuelle müssen daher tun, was sie am besten können: sich für die universalistische Position entscheiden und gleichermaßen gegen die Unterdrückung der Palästinenser wie den Antisemitismus kämpfen; darauf verzichten, andere Meinungen zur Blasphemie zu erklären; die Debattenkultur aufrechterhalten, anstatt auszugrenzen. Nur so können wir uns der semantischen und moralischen Verwässerung des Begriffs Antisemitismus entgegenstellen. Es bleibt unsere Aufgabe, an die Bedeutung der Sprache für die Moral zu erinnern. Der Kampf für Gerechtigkeit beginnt mit dem Kampf um die richtigen Worte.

Aus dem Englischen von Eva Menasse.

Eva Illouz, geboren 1961, ist Professorin für Soziologie an der Hebräischen Universität Jerusalem. Bekannt wurde sie 2011 mit ihrem Buch „Warum Liebe weh tut - Eine soziologische Erklärung“. AFP

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

© *Eva Illouz*/Süddeutsche Zeitung